Hansestadt Rostock Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus

Sitzungstermin:	Mittwoch, 31.05.2017
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:40 Uhr
Raum, Ort:	Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Anke Knitter	SPD
reguläre Mitglieder	
Jan-Hendrik Brincker	CDU
Dr. Carsten Penzlin	DIE LINKE.
Jutta Reinders	DIE LINKE.
Kristin Schröder	DIE LINKE.
Dr. Helmut Schmidt	CDU
Sandra Wandt	SPD
Andrea Krönert	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Andreas Bankonier	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Mathias Krack	UFR
Verwaltung	
Matthias Horn	Büro des Oberbürgermeisters
Ralph Müller	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Gäste	
Torben Hinz	NNN

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.04.2017
- 4 Anträge

- 4.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) Bewerbung der Hansestadt Rostock um die Ausrichtung der BUGA 2025 Vorlage: 2017/AN/2766
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 10.VS.180 "Vergnügungsstätten Kröpeliner-Tor-Vorstadt" Vorlage: 2017/BV/2638
- 5.2 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 11.VS.181 "Vergnügungsstätten Stadtmitte" Vorlage: 2017/BV/2639
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Information zum Bauvorhaben "Neubau eines Bürogebäudes im B-Plan Nr. 13.GE.93 Gewerbegebiet Osthafen, Altkarlshof"
- 7 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Verschiedenes
- 8.1 Information der Ausschussvorsitzenden
- 8.1.1 Information des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Knitter (SPD) eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung. Mit Datum vom 23.05.2017 ist den Mitgliedern des Ausschusses die Einladung per Mail zugegangen. Weiterhin erfolgte die öffentliche Bekanntmachung ab 23.05.2017 durch Aushang im Schaukasten im Rathaus und in den Ortsämtern. Frau Knitter (SPD) stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss um 17.00 Uhr mit 8 Mitgliedern beschlussfähig ist.

TOP 2Änderung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderung zur Tagesordnung. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

- 17.01 Uhr Herr Dr. Schmidt (CDU) trifft ein.

- 17.03 Uhr Frau Wandt (SPD) trifft ein. Somit sind 10 Mitglieder anwesend.

TOP 3Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.04.2017

Zur Niederschrift vom 26.04.2017 sind keine Einwände eingegangen. Die Niederschrift vom 26.04.2017 wird bestätigt.

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) Bewerbung der Hansestadt Rostock um die Ausrichtung der BUGA 2025 Vorlage: 2017/AN/2766

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Sitzung der Bürgerschaft im September 2017 eine erste Prüfung zur Realisierung einer Bewerbung der Bundesgartenschau 2025 unter Einbeziehung des Rostocker Stadthafens vorzustellen. Die Prüfung soll räumliche, finanzielle und stadtplanerische Aspekte beinhalten.

Herr Horn, Projektmanager Stadtentwicklungsplanung, nimmt Stellung zum Antrag der CDU. Er erläutert, dass Bundesgartenschauen zu Imageverbesserungen und zu Erhöhungen des Bekanntheitsgrades der Stadt beitragen. Das Anliegen soll gemeinsam mit dem politischen Raum (in Form eines Kick-off-Meetings, eventuell mit den Fraktionsvorsitzenden oder Parteien) erörtert werden. Die Einladung wird zeitnah erfolgen, um einen groben Umriss zur räumlichen und inhaltlichen Einordnung zu erhalten. Im Vorfeld wird die Verwaltung die möglichen Förderbedingungen evaluieren, so dass bis Herbst dieses Jahres ein Konzept für die Bewerbung vorgelegt werden kann.

Diskussion:

Herr Dr. Schmidt (CDU) erläutert, dass es ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung ist, welcher ergebnisoffen abzuwarten ist. Die BUGA in Schwerin war auch ein finanzieller Erfolg. Die Überschüsse bzw. Defizite aus anderen Städten sind der CDU aber nicht bekannt. Die Intention des Antrages ist unschädlich, so Herr Brincker (CDU).

Frau Kröhnert (B90/Die Grünen) bittet um Einbindung der Ortsbeiräte und dass die Erfahrungen aus der IGA mit kommuniziert werden.

Wenn die Chancen überwiegen, dann sollte man es tun, so Herr Bankonier.

Frau Wandt (SPD) sieht damit Chancen für den Nordosten, Flächen zu restrukturieren. Frau Knitter (SPD) kennt viele Städte, die mit einem Defizit abgeschlossen haben, das Plus in Schwerin beruht auf hohe Landeszuschüsse.

Herr Dr. Penzlin (Die Linke.) und Frau Knitter (SPD) sind der Auffassung, dass vor jeder anderen Planung der Bürgerentscheid zum Standort des Traditionsschiffes abgewartet werden sollte.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2017/AN/2766:

Abstimmung:

<u>Ab</u>	stir	nm	ung	serc	<u>ebnis:</u>

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	2

Angenommen	Х
Abgelehnt	

TOP 5.1 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 10.VS.180 "Vergnügungsstätten Kröpeliner-Tor-Vorstadt" Vorlage: 2017/BV/2638

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Für das Gebiet in der Kröpeliner-Tor-Vorstadt begrenzt:

überwiegend beidseitig entlang der

- östlichen Lübecker Straße ab Einmündung Doberaner Straße und des Warnowufers
- Doberaner Straße einschließlich Doberaner Platz mit Brink und Gertrudenplatz
- Wismarsche Straße

- Quartier zwischen Doberaner Platz und Arnold-Bernhard-Straße, westlich begrenzt durch die Stampfmüllerstraße und östlich begrenzt durch die Straße Am Vögenteich soll der Aufstellungsbeschluss aufgehoben werden.

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Herr Müller, Amtsleiter für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft, begründet die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses. Aufgrund der Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages und des Glücksspielstaatsvertragsausführungsgesetzes wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, so dass sich eine weitere Regelung zu Vergnügungsstätten erübrigt. Auf der Grundlage des Gesetzes ist ein Mindestabstandsgebot einer Spielhalle zu Schulen in einem Radius von 500 m einzuhalten.

Der OBR KTV hat sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt, eine Zunahme von Vergnügungsstätten war nicht zu erkennen, so Frau Kröhnert (B90/Die Grünen).

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2017/BV/2638:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen		Х
Abgelehnt		

TOP 5.2 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 11.VS.181 "Vergnügungsstätten Stadtmitte" Vorlage: 2017/BV/2639

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Für das Gebiet Stadtmitte begrenzt:

- nördlich entlang der Strandstraße am Stadthafen
- östlich entlang der Grubenstraße einschließlich der östlichen Grundstücke der Straße
- südlich entlang der historischen Stadtmauer, ausgenommen die Sondergebiete der Universität und des Kulturhistorischen Museums

• westlich entlang der historischen Stadtmauer und ihres Verlaufes sowie entlang der östlichen Straßenseite Am Kanonsberg.

soll der Aufstellungsbeschluss aufgehoben werden.

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2017/BV/2639:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	Х
Abgelehnt	

TOP 6 Verschiedenes

TOP 6.1 Information zum Bauvorhaben "Neubau eines Bürogebäudes im B-Plan Nr. 13.GE.93 Gewerbegebiet Osthafen, Altkarlshof"

Aufgrund der neuen Bebauung und der Umsetzung des Radweges hat Frau Knitter (SPD) diesen Sachverhalt auf die TO genommen. Das Thema wurde auch ausführlich im Agenda 21 Rat diskutiert.

Frau Knitter (SPD) sieht die Entwicklung des Gewerbegebietes kritisch, es erweckt den Anschein, dass es sich in Richtung Wohnen entwickelt. Herr Müller erläutert dazu, dass es sich um ein Gewerbegebiet handelt und It. B-Plan nach Baunutzungsverordnung eine

Betriebswohnung pro Betrieb zulässig ist. Im Gebiet wurde hochwertiges Gewerbe angesiedelt. Herr Horn informiert, dass der Erwerber das Grundstück von der GAA erworben hat und dieser über dingliche Sicherungen und Baulasten im Grundbuch einen öffentlichen Rad- und Fußweg auf eigene Kosten errichtet. Der Uferbereich bleibt der Öffentlichkeit vorbehalten. Somit war die Ausübung des Vorkaufsrechtes nicht mehr nötig und Errichtungs- und Anschaffungskosten für das Grundstück konnten gespart werden. Der Weg wird in geteerter Form und 3 m breit errichtet.

Frau Kröhnert (B90/Die Grünen) bittet um Vorstellung der Ausführungsplanung des Radweges in den entsprechenden Gremien (Fahrradforum). Eine maximale Geschmeidigkeit in der Kurve sollte gegeben sein, dies ist nicht ganz unwichtig für Radfahrer.

TOP 7 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil